

[Beide protestieren](#) gegen den Krieg in der Ukraine und rufen für morgen zu einer Schweigeminute auf. Das ist ehrenwert. Aber zu diesem Zweck muss man nicht lügen. Das tun die beiden Organisationen, wenn sie behaupten: „Nach Jahrzehnten des Friedens in Europa ist diese militärische Aggression gegen ein unabhängiges Land ein tiefer Einschnitt für uns alle.“ Richtig ist: Am 24. März 1999 griff die Bundesrepublik Deutschland völkerrechts- und grundgesetzwidrig die Bundesrepublik Jugoslawien an. Wochenlang wurde gebombt und zerstört. Wer so lügt, findet nur schwer eine gemeinsame Gesprächsbasis. Das wäre aber wichtig, um sich auf ein Ende des Krieges zu verständigen.  
**Albrecht Müller.**

Auch die sonstige Argumentation in dem gemeinsamen Aufruf von IG Metall und Gesamtmetall dient nicht gerade der Verständigung. Im Aufruf heißt es, Russlands Krieg sei „Ausdruck einer rücksichtslosen Machtpolitik“. Damit übernimmt die IG-Metall die westliche Erzählung. Wenn man mit Russland in ein fruchtbares Gespräch zur Beendigung des Krieges kommen will, dann wird man es mit solchen Propagandasprüchen nicht erreichen.

Auch die Aussage „Die bereits beschlossenen Sanktionen gegen Russland richten sich gegen die politisch Verantwortlichen und ausdrücklich nicht gegen die russische Bevölkerung ...“ ist eine verlogene Propagandaformel. Sie hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Denn die Sanktionen werden wie auch die Sanktionen zum Beispiel in Syrien vor allem die Menschen und nicht die „politisch Verantwortlichen“ treffen. Die Autoren der Erklärung von IG Metall und Gesamtmetall haben ihre Mogelei erkannt und fügen deshalb an die zuvor zitierte Aussage diesen Nachsatz an: „gleichwohl diese (die Bevölkerung, d. Verf.) ebenfalls unter den Auswirkungen zu leiden hat.“

Wenn Sie in einem Metallbetrieb arbeiten, dann werden Sie morgen Gelegenheit haben, mit der Schweigeminute gegen den Krieg in der Ukraine zu protestieren. Vielleicht können Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen bei dieser Gelegenheit auch wissen lassen, dass und wie sie von ihrer Gewerkschaft - und vom Arbeitgeberverband sowieso - belogen werden.

P. S.: Ich habe auf diesen Vorgang aufmerksam gemacht, weil man daran sehen kann, dass inzwischen offensichtlich Funktionäre der westlichen Kriegspartei selbst in Gewerkschaften mitspielen. Normalerweise würde ein Mitarbeiter der IG Metall nicht auf die Idee kommen, die oben aufgespießte Lüge in einen Aufruf seiner Gewerkschaft einzubauen. Da sind offenbar „Fremdarbeiter“ aus den Diensten schon in einer Organisation wie der IG Metall tätig. In der deutschen Geschichte kundige Menschen werden sich daran erinnern, dass schon in den fünfziger Jahren die US-Dienste die deutschen Gewerkschaften beeinflusst hatten. Ich war so naiv anzunehmen, dieser Einfluss sei überwunden.

## Es folgt der Aufruf:

**GESAMTMETALL**  
*Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie*



GESAMTMETALL

Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Voßstr. 16 · 10117 Berlin · Postfach 06 02 49 · 10052 Berlin  
Tel. 030 55 150-0 · Fax 030 55 150-400

IG Metall Vorstand

Wilhelm-Leuschner-Str. 79 · 60329 Frankfurt am Main  
Tel. 069 6693-0 · Fax 069 6693-2843

### **Gemeinsamer Aufruf von IG Metall und Gesamtmetall:**

Schweigeminute in den Betrieben am Freitag, 11. März, 11.00 Uhr

Gemeinsamer Aufruf von IG Metall und Gesamtmetall zum Gedenken an die Opfer des Ukraine-Krieges

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall und die Gewerkschaft IG Metall rufen gemeinsam die Betriebe und die Beschäftigten in den Unternehmen der deutschen Metall- und Elektroindustrie zu einer Schweigeminute für die Opfer des Ukraine-Krieges auf. Am Freitag, 11. März 2022, um 11 Uhr wollen wir gemeinsam der Opfer des von Russlands Präsident Wladimir Putin ausgehenden Angriffskriegs gedenken und so ein Zeichen für Frieden in der Ukraine setzen.

Wir verurteilen den Krieg auf das Schärfste. Er muss sofort beendet werden. Wir fordern die russische Regierung auf, alle Angriffe einzustellen und ihre Truppen zurückzuziehen. Der Überfall auf einen souveränen Staat ist ein klarer Bruch des Völkerrechts und ein massiver Verstoß gegen die Grundsätze der UN-Charta. Er ist Ausdruck einer rücksichtslosen Machtpolitik. Dafür gibt es keinen Grund und keinerlei Rechtfertigung. Nach Jahrzehnten des Friedens in Europa ist diese militärische Aggression gegen ein unabhängiges Land ein tiefer Einschnitt für uns alle. Innerhalb weniger Tage sind die Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens in Frage gestellt worden.

Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine. Diese sind Opfer eines brutalen Überfalls geworden, sie leiden ganz unmittelbar unter den unmenschlichen Folgen des Krieges. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu beitragen, einen Waffenstillstand und Frieden zu erreichen. Deutschland und Europa müssen Menschen, die vor dem Krieg fliehen, solidarisch aufnehmen und humanitäre Hilfe leisten, um menschliches Leid zu verringern. Wo wir können, werden auch wir helfen.

Auf die Aggressionen haben Deutschland, Europa und viele andere Staaten entschlossen reagiert. Die bereits beschlossenen Sanktionen gegen Russland richten sich gegen die politisch Verantwortlichen und ausdrücklich nicht gegen die russische Bevölkerung, gleichwohl diese ebenfalls unter den Auswirkungen zu leiden hat. Diese Maßnahmen werden uns allen Opfer abverlangen.